

Das Internet in Malaysia

Hoffnung für die Meinungsfreiheit?

von
Melanie
Radue

Das Mediensystem in Malaysia ist von staatlichen Eingriffen und verzerrter Berichterstattung geprägt. Rundfunk und Presse dienen vorwiegend dazu, Ruhe, Ordnung und Stabilität im Land aufrecht zu erhalten. Viele regulierende Gesetze beschneiden dabei die Pressefreiheit und führen zu unkritischer Berichterstattung. Aufgrund der ökonomischen Bedeutung des Internets im restringierten Mediensystem nimmt dieses als alternatives Medium seit 1999 eine besondere Rolle ein.

Die Möglichkeit, Meinungen und Informationen frei zu verbreiten und zu empfangen, gehört zu den wichtigsten Freiheiten überhaupt. Sie ist nicht einzugrenzen auf das Recht des institutionellen Bestehens von Medienunternehmen, sondern umfasst zugleich ein universelles Menschenrecht, das unteilbar und von unschätzbarem Wert für die Demokratie sowie eine in Freiheit und Frieden lebende pluralistische Gesellschaft ist. Diese Möglichkeit der freien Meinungsäußerung wird in Malaysia nicht gewährt. Freier Meinungs Austausch und freie unverzerrte Berichterstattung werden durch drakonische Gesetze, die Einflussnahme auf die Medienwirtschaft, willkürliche Verhaftungen, hohe Geldstrafen sowie Einschüchterung von JournalistInnen und anderen kritischen Stimmen aus der Gesellschaft eingedämmt. Damit können die Mainstream-Medien (hiermit sind Rundfunk und Presse gemeint) in Malaysia ihre demokratische Rolle in der Gesellschaft nicht wahrnehmen. Vielmehr dienen sie vornehmlich als Sprachrohr der Regierung. Aufgrund des wachsenden Bedürfnisses nach alternativen Informationen und der wirtschaftlichen Bedeutung nimmt das Internet in Malaysia eine besondere Rolle für die Meinungs- und Informationsfreiheit ein.

Die eingeschränkte Rolle der Mainstream-Medien

Obwohl Artikel 10 der malaysischen Verfassung eine freie Meinungsäußerung garantiert, wird diese stetig eingeschränkt, um Meinungen von Oppositionellen, MenschenrechtlerInnen und RegimekritikerInnen zu unterdrücken. Bereits seit der 1963 erlangten Unabhängigkeit von den Briten begründet die seitdem machthabende Regierungskoalition *Barisan Nasional* (BN) die Durchsetzung drakonischer Gesetze mit einem verstärkten Bedürfnis nach Ruhe, Ordnung und Stabilität im ethnisch und religiös vielfältig geprägten Land. Dabei bezieht sich die Regierung häufig auf die ethnischen Unruhen im Jahr 1969, bei

denen Hunderte von Menschen starben. Sie schürt immer wieder Ängste, um ihre autokratische Politik zu legitimieren und auch die Meinungsfreiheit einzuschränken.

Aufgrund der restriktiven Medienpolitik ist die Berichterstattung in den Mainstream-Medien stark zugunsten der Interessen der Regierung verzerrt und erfüllt daher nicht die Aufgaben eines kritischen Journalismus. Um bestehende Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten, wird keine Kritik an der Regierung oder an gesellschaftlichen Missständen ausgeübt. Oppositionelle Meinungen werden nicht vorwiegend durch direkte Zensureingriffe unterbunden, sondern vielmehr durch indirekte Machtausübung über verschiedene Gesetze, wie beispielsweise den *Printing Presses and Publications Act* (PPPA), *Broadcasting Act*, *Sedition Act* oder *Official Secret Act*. Durch die willkürliche Anwendung der Gesetze kommt es aus Angst vor Verhaftungen oder hohen Geldstrafen zu Selbstzensur und zu gefälliger Berichterstattung. Ziel der Regierung ist es dabei, so wenig wie möglich oppositionelle Meinungen in der Öffentlichkeit zu Wort kommen zu lassen. Somit verhindert die politische Elite die Meinungsbildung der Öffentlichkeit und einen freien Diskurs.

Der PPPA bildet den rechtlichen Rahmen für Druckerzeugnisse in Malaysia. Er ermöglicht der Regierung durch das Innenministerium, das für die Lizenzierung aller Publikationen zuständig ist, wirtschaftlichen Druck auf die Medienunternehmen auszuüben. Drucklizenzen können jederzeit entzogen werden und bedürfen einer jährlichen Erneuerung. Ohne Begründungen und mit der alleinigen Entscheidungsgewalt des Premierministers können Zeitungen geschlossen werden. Zur politischen Willkür bei diesen Entscheidungen kommt die Machtausübung durch wirtschaftlichen Druck hinzu, indem hohe Geldstrafen bei unliebsamer Berichterstattung verhängt werden. Um alternative Meinungen aus der Öffentlichkeit auszuschließen, werden Publikationen Oppositioneller immer wieder eingeschränkt oder verboten. So wurde beispielsweise im Juni 2010 das Erscheinen der Zeitung *Suara Keadilan*, einer der wichtigsten Publikationen der Oppositionspartei *Gerechtigkeitspartei des Volkes* (*Partai Keadilan Rakyat*), gestoppt, indem die erforderliche Publikationslizenz nicht verlängert wurde. Ähnliche einschränkende Ministerialeingriffe ermöglicht der *Broadcasting Act* für den Rundfunkbereich. Es werden beispielsweise Filmproduktionen vor ihrer Ausstrahlung zensiert, sodass sie »dem Wohl der Gesellschaft nicht schaden«.

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied in der Amnesty International Koordinationsgruppe Südwestpazifik. Sie forscht vorwiegend zu Medienfreiheit mit regionalem Schwerpunkt Südostasien.

Lizenzen für Medienpublikationen werden vornehmlich an regierungstreue Personen vergeben und auch Redakteure werden nach diesem Kriterium ausgewählt. Somit arbeitet die malaysische Medienzensur sowohl an den internen als auch den externen Fronten der Medienlandschaft. So gut wie alle Medienunternehmen sind entweder zum größten Teil im Besitz der Regierungspartei *United Malays National Organisation* (UMNO), gehören PolitikerInnen oder ihnen nahe stehenden Persönlichkeiten. Seit der Verbreitung des Internets kann diese inhaltliche und institutionelle Kontrolle der Medienlandschaft durch die Regierung teilweise durchbrochen werden.

Das wachsende Bedürfnis nach alternativen Informationen und die Rolle des Internets

»The opposition parties, and those with a different view from the government, went into this new technology as ducks to water, adopted it and spread their messages across cyberspace.«

(M. G. G. Pillai, 2001)

Trotz der starken Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Malaysia entwickelte sich das Internet aufgrund des Wegfalls der Lizenzbestimmung und der geringeren Publikationskosten vor allem für DissidentInnen und Oppositionelle zu einem ebenso geeigneten wie beliebten Medium, um abweichende Meinungen und Informationen zu verbreiten. Somit hat sich das Internet in Malaysia zu einer Art Gegenöffentlichkeit zu der verzerrten Informationspolitik der Mainstream-Medien etabliert.

Ein Grund für die enorme Zunahme des Interesses für politische Themen und alternative Informationen im Internet war auch die Inhaftierung des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Anwar Ibrahim unter Mohammed Mahathir im Jahr 1999 wegen angeblicher homosexueller Übergriffe. Eine einseitige Darstellung zu diesen Ereignissen in den Mainstream-Medien führte zu deren Glaubwürdigkeitsverlust und zu einer Abwanderung des Publikums ins Internet. Mit dem Aufkeimen der *Reformasi*-Bewegung nach Anwar Ibrahims Verhaftung entstanden zahlreiche oppositionelle Websites und die mittlerweile international bekannte Nachrichtenseite *Malaysiakini*, für die vorwiegend JournalistInnen mit oppositionellem und menschenrechtlichem Hintergrund tätig sind. Seither spielt das Internet als alternative Informationsquelle eine bedeutende Rolle. Die Mainstream-Medien verlieren stetig an Bedeutung und müssen sich an die alternative Berichterstattung im Internet anpassen.

Bis zu dem Zeitpunkt, als die Regierung sich zum Ziel setzte, Malaysia zu einer Informationsgesellschaft zu entwickeln und mit dem *Multimedia Super Corridor* ein malaysisches *Silicon Valley* zu schaffen, waren die Voraussetzungen dafür, abweichende Meinungen zu verbreiten und zu empfangen, sehr begrenzt. Mit der sogenannten *Vision 2020* wurden verschiedene Informations- und Kommunikationstechnologieprojekte zur Förderung von ausländischen Investitionen in Malaysia vorangetrieben. Um ausländische Investoren nicht abzuschrecken, wurde eine *Bill of Guarantee* erlassen, die einen Verzicht auf Zensur im Internet zusichert. Es wird damit aber lediglich auf eine Lizenzierung verzichtet. Alle anderen restriktiven Gesetze gelten weiterhin auch für Publikationen im Internet und werden regelmäßig zur Unterdrückung oppositioneller Meinungen genutzt.

So wurde 2011 beispielsweise der führenden politischen Nachrichten-Website *Malaysiakini* eine Lizenz für ein neues Printmedium aufgrund ihrer regierungskritischen Haltung verwehrt. Seit dem Bestehen der Website im Jahr 1999 wird *Malaysiakini* immer wieder Opfer von Eingriffen in die Meinungsfreiheit. 2003 ging die Regierung aufgrund der Veröffentlichung eines angeblich verleumderischen Artikels gegen *Malaysiakini* vor: Redaktionsräume wurden durchsucht, MitarbeiterInnen verhaftet, Geldstrafen verhängt, Computer beschlagnahmt und zerstört. Im Juli 2011 wurde vor einer Demonstration der *Bersih*-Bewegung, die freie und faire Wahlen fordert, die Internetseite von *Malaysiakini* durch einen Cyberangriff deaktiviert. Auch bei der jüngsten *Bersih*-Kundgebung im April 2012 kam es wieder zu massiven Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch die Verhaftung von AktivistInnen und JournalistInnen. Mit solchen Einschüchterungsmaßnahmen statuiert die Regierung Exempel, um regierungskritische Stimmen mundtot zu machen.

Obwohl das Internet als zensurfrei deklariert wurde, um ausländische Investoren nach Malaysia zu locken, und obwohl alternative Informationsangebote im Internet, wie die Website *Malaysiakini*, die Meinungsfreiheit in Malaysia fördern und ein Gegengewicht zu den von der politischen Elite gesteuerten Medien darstellen, gibt es immer wieder massive Einschnitte in die Medienfreiheit. Die diesjährige Platzierung Malaysias in der Rangliste der Pressefreiheit von *Reporter ohne Grenzen* auf Platz 145 von insgesamt 179 (23 Plätze schlechter als im Vorjahr) zeigt deutlich, dass das Land weit davon entfernt ist, Meinungs- und Medienfreiheit zu gewähren und sich letztlich zu einem demokratischen Staat, der Menschenrechte schützt und würdigt, zu entwickeln.